

Plenarprotokoll 15/75
Deutscher Bundestag
Stenografischer Bericht
75. Sitzung
Berlin, Donnerstag, den 13. November 2003
I n h a l t :

Zusatztagesordnungspunkt 3:

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses (Drucksachen 15/1094, 15/2002)

Zusatztagesordnungspunkt 4:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der CDU/CSU: Die aktuelle Russlandpolitik der Bundesregierung
Dr. Friedbert Pflüger CDU/CSU

Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa

Harald Leibrecht FDP

Claudia Roth (Augsburg) BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Arnold Vaatz CDU/CSU

Gernot Erler SPD

Melanie Oflwald CDU/CSU

Dr. Ludger Volmer BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Hermann Gröhe CDU/CSU

Dr. Rolf Mützenich SPD

Erich G. Fritz CDU/CSU

Jelena Hoffmann (Chemnitz) SPD

Dr. Gesine Löttsch fraktionslos

Rudolf Bindig SPD

Ruprecht Polenz CDU/CSU

75. Sitzung
Berlin, Donnerstag, den 13. November 2003
Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse:

3 Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache (Ergänzung zu TOP 24)

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses

- Drucksachen 15/1094, 15/2002 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Eckhardt Barthel (Berlin)

Günter Nooke

Dr. Antje Vollmer

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses

- Drucksachen 15/1094, 15/2002 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Eckhardt Barthel (Berlin)

Günter Nooke

Dr. Antje Vollmer

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen zwei Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung der beiden Kolleginnen Petra Pau und Gesine Löttsch vor, die wir zu Protokoll nehmen.1

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen aller Fraktionen bei Gegenstimmen der beiden fraktionslosen Kolleginnen angenommen. Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss, den Antrag auf Drucksache 15/1094 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist wiederum mit den Stimmen aller Fraktionen bei Gegenstimmen der beiden fraktionslosen Kolleginnen angenommen.

Redetext

Anlagen zum Stenografischen Bericht

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos) zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung: Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses (Zusatztagesordnungspunkt 3 b)

Ich lehne beide Beschlussempfehlungen ab. Meine Ablehnung begründe ich wie folgt: Ich empfinde es als makaber, dass ausgerechnet der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages die Initiative ergreift, um ein Gebäude wie den Palast der Republik abreißen zu lassen, das jetzt gerade mit kulturellen Zwischennutzungen von einer neuen Generation von Künstlern neu entdeckt wird.

Ich empfinde es als unseriös, dass ausgerechnet der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe "Schlossareal" ignoriert.

Für mich ist es ein Ausdruck von Kulturlosigkeit, mit einer Grünanlage der Mahnung entsprechen zu wollen, dass hier ein Gebäude mit öffentlicher Nutzung entstehen soll.

Außerdem empfinde ich es als Anmaßung, dass der Deutsche Bundestag Beschlüsse fasst, die unmittelbar in den Haushalt des Landes Berlin eingreifen. Das Land Berlin hat die extreme Haushaltsnotlage erklären müssen, es klagt vor dem Bundesverfassungsgericht um finanzielle Hilfen und bekommt nun vom Bund noch zusätzliche Ausgaben aufgebürdet.

Ich lehne die Anträge darüber hinaus ab, weil sie gottlos sind.

Mit dem Abriss des Palastes der Republik wird die Beschädigung, ja sogar der Einsturz des gegenüberliegenden Berliner Domes riskiert. Wir - die PDS im Bundestag - werden zu den Haushaltsberatungen einen Änderungsantrag einbringen, der sich gegen den Abriss des Palastes der Republik richtet.

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Petra Pau (fraktionslos) zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung: Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses (Zusatztagesordnungspunkt 3 b)

Hiermit erkläre ich, dass ich gegen die vorliegende Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 15/2002 stimme.

Erstens aus einem rein formalen Grund: Die Entscheidung über die Zukunft des wohl wichtigsten Platzes der Republik soll heute ohne Debatte und damit ohne öffentlichen Austausch der Argumente erfolgen.

Zweitens stimme ich aus haushaltspolitischer Verantwortung dagegen. Mit diesem Beschluss soll ein nicht unerheblicher Teil des Haushaltes von Bundesminister Stolpe für ein stadtpolitisch und kulturpolitisch unsinniges Vorhaben festgelegt werden. Darüber hinaus greifen die Befürworter dieser Beschlussempfehlung unzulässig in die Haushaltshoheit des Berliner Landesparlamentes ein. Denn mindestens 7 Millionen Euro müsste das Land Berlin für das Abrissunternehmen "Palast der Republik" beisteuern. Ich stimme also dagegen, den Bürgerinnen und Bürgern Berlins die für soziale und kulturelle Zwecke dringend notwendigen Mittel zu entziehen.

Drittens stimme ich aus inhaltlichen Gründen gegen die Beschlussempfehlung: Der Bundestag hat vor Jahresfrist alternativ zwischen Schloss und Palast entschieden. Eine klare Mehrheit entschied sich für einen Neubau in der Kubatur des Schlosses. Beschluss ist Beschluss und Text ist Text. Alles darüber hinaus ist variabel und offen. Deshalb wäre der rasante Abriss des

Palastes der Republik ein fataler Fehler - nach vorn und nach hinten geschaut.

Im Beschluss des Bundestages wurden drei Seiten des Neubaus beschrieben: die West-, die Nord- und die Südseite. Das ist nachvollziehbar. Und das gilt. Die Ostseite indes blieb offen. Der Beschluss des Bundestages schließt daher nicht aus, Teile des Palastes zu erhalten. Diese Option sollte nicht ohne Not verworfen werden. Sie eröffnet auch architektonische Spielräume, die Stadt kritisch zu einen.

Ich stimme gegen die Beschlussempfehlung, weil mit dieser die wichtigste Frage nicht beantwortet wird: Wird der Schlossplatz ein öffentliches Areal und gelingt es gerade hier, Ost und West, alte und neue Geschichte zusammenzuführen?